



BESCHLUSSAUSFERTIGUNG

Solar- und Gründachkataster in Ingolstadt -Antrag der ÖDP-Stadtratsgruppe vom 02.07.2018-

Beratungsabfolge

Sitzung	Datum	Beschlussqualität
Stadtrat	26.07.2018	Entscheidung

Im April 2016 hat der Stadtrat der Stadt Ingolstadt die Herausforderung „Klimaneutrales Ingolstadt 2050“ angenommen. Um diesem hohen Ziel schon einmal ein Stück näherzukommen stellen wir hiermit diesen

Antrag:

- 1) Die Stadt Ingolstadt richtet ein Solar- und Gründachkataster als Online-Werkzeuge ein.
- 2) Die Stadt Ingolstadt bewirbt diese neuen Kataster aktiv bei Miba 2019 und Landesgartenschau 2020.
- 3) Die Stadt Ingolstadt geht aktiv auf Hausbesitzer mit geeigneten Dachflächen zu, um diese zu einer entsprechenden Dachnutzung zu animieren.

Begründung:

Solar- und Gründachkataster sollen Hauseigentümer animieren, sich verstärkt mit solchen, das Stadtklima und die Energiepotentiale der Stadt betreffenden Optionen zu beschäftigen und geeignete Dächer entsprechend zu nutzen.

Solardachkatastern mit gebäudescharfen Informationen über Eignung der Dachfläche, ungefähre Kosten, möglichen Stromertrag und potentielle CO₂-Einsparungen sind in Deutschland mittlerweile bereits sehr weit verbreitet. Rund 1500 Kommunen arbeiten bereits damit, als ein Beispiel aus unserer Region sei hier auf den Landkreis Pfaffenhofen verwiesen.

Pfaffenhofen dient zugleich auch als ein Beispiel für Kommunen, die neben dem Solardachkataster auch ein Gründachkataster eingeführt haben: Der Begründung unserer Städte als ein Baustein zur Klimafolgenanpassung wird in den kommenden Jahren ein immer größeres Gewicht zukommen.

Die Basisdaten für Solarkataster wurden bereits mit Erstellung des Energienutzungsplans der Stadt Ingolstadt 2014 ermittelt und liegen als Ergebnis der Dachflächenuntersuchung geografisch verortet vor. Grundlage für die damalige Solarpotentialanalyse sind Laserscannerdaten, die aus einer Überfliegung des Stadtgebietes stammen. Das bei dieser Analyse ermittelte Gesamtpotential würde laut Energienutzungsplan für eine Stromversorgung von 48.500 Haushalten ausreichen.

Es gibt gewichtige Gründe, die dafür sprechen, diese Potentiale nun breit sichtbar zu machen sowie künftig intensiv zu bewerben und zu nutzen:

- Photovoltaik-Systempreise sind in den letzten Jahren massiv gesunken. Mittlerweile spricht sowohl die ökologische wie auch die ökonomische Seite für einen forcierten Ausbau.

- Ein zusätzlicher Schub kommt durch immer leistungsfähigere und preislich attraktiver werdende Batteriespeichersysteme: Deren Preis ist seit 2010 bereits um 80% pro Megawattstunde gefallen, ein Trend, der sich nach Expertenmeinung in gleicher Dynamik fortsetzen wird.
- Durch die Preisrückgänge im Photovoltaik-Bereich kommt mittlerweile die Netzparität in Sicht, also der Zeitpunkt, ab dem die Kostengleichheit von Solarstrom gegenüber konventionellen Energieträgern sukzessive erreicht wird. In Südeuropa ist dies bereits der Fall, für Süddeutschland geht z.B. Green City Energy, die auch bei Audi bereits Dächer mit Solarzellen bestückt hat, von „spätestens 2020“ aus.
- Mehr dezentrale Stromerzeugung durch Solarstrom – verknüpft mit dem Einsatz von Speichern und der Digitalisierung - würde den Netzausbaubedarf deutlich reduzieren.
- Nach dem drastischen Verfehlen der Klimaziele der Bundesregierung für 2020 ist in absehbarer Zeit damit zu rechnen, dass ein verstärkter Zubau bei der Photovoltaik nun doch auch den politischen Segen in Berlin erhält.
- Und last not least: Um den Zielen des Klimaabkommens von Paris in Zukunft gerecht werden zu können kommen künftige Bundesregierungen welcher Zusammensetzung auch immer nicht umhin, den eingeschlafenen Ausbau der Photovoltaik wieder anzufahren. Mit nächster Anpassung des ohnehin reparaturbedürftigen Erneuerbaren-Energie-Gesetzes (EEG) ist hier eine Korrektur unumgänglich.

Die Ampel für eine verstärkte Nutzung der Photovoltaik wechselt also derzeit grundsätzlich auf „Grün“, jetzt gilt es, auch vor Ort die Weichen entsprechend zu stellen.

Dem Argument, man würde mit einem Ausbau der Solarnutzung in Deutschland nur hochsubventionierten chinesischen Unternehmen helfen, begegnet z.B. das Fraunhofer Institut für Solare Energiesysteme (ISE) in Freiburg mit dem Hinweis, Frankreich habe bereits vor fünf Jahren durch die Einführung von Nachhaltigkeitskriterien für PV-Ausschreibungen erreicht, dass klimafreundlichere Produkte dort einen Vorteil erhalten – und auf diese Weise die eigene Industrie gegen importierte Billigprodukte, die europäischen Umwelt-, Sozial- und Qualitätsauflagen nicht entsprächen, geschützt.

Zu Punkt 3 des Antrages sei auf das Beispiel der Stadt Worms verwiesen, die alle Bürger, deren Dächer sich für PV-Anlagen eignen würden, angeschrieben hat. Auch hat man sich in Worms mit einem 1000-Dächer-Programm ein Ziel gesetzt, zu dem auch ein Kooperationsangebot zur Finanzierung von Photovoltaikanlagen in Zusammenarbeit mit örtlichen Kreditinstituten gehört hat, und hat dieses Ziel auch prompt erreicht. Aussagen z.B. von Energiewende Oberland bestätigen aufgrund von Beobachtungen in den Städten Geretsried und Wolfratshausen: „In Städten, die ein Kataster haben, tut sich hier einfach mehr. Es hat sich gezeigt, dass der Zubau 20-mal höher ist als in Regionen ohne Kataster.“

Auch Gründächer leisten einen wertvollen Beitrag zum Stadtklima, als Wärme-/Kältepuffer sowie als zusätzliche Dämmung der Gebäude. Die Hitzeentwicklung wird durch Gründächer verringert, Niederschläge werden zurückgehalten, Entwässerungssysteme bei Starkregenereignissen entlastet.

Ganz wesentlich für ein städtisches Solar- und Gründachkataster ist es natürlich, diese Kataster so zu bewerben, dass eine breite Aufmerksamkeit dafür geschaffen wird. Ein Baustein dabei können MIBA 2019 und Landesgartenschau 2020 sein.

Beschluss:

Stadtrat vom 26.07.2018

Der Antrag wird weiter behandelt. Vom zuständigen Referat ist eine Vorlage zu erstellen.